



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 24.09.2007

Beginn: 17:15 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder

Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	TOP 6 bef.
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	TOP 5 bef.
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	TOP 7 bef.
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	ab TOP 4
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

Verwaltung

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	ab TOP 3
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	bis TOP 11
Herr Buchmann, Kulturamt	
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Herr Falk, Tiefbauamt	TOPs 11 bis 13
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	bis TOP 14
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Reiser, Hochbauamt	TOPs 4 bis 11
Herr Simon, Hauptamt	
Frau Stotz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 3
Herr Walz, Gebäudemanagement	bis TOP 7
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

entschuldigt

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Weber

Gäste

Frau Baumgärtner, Lilienthal e. V.	bis TOP 16
Frau Hannak, Lilienthal e. V.	bis TOP 16
Herr Ilg, Lilienthal e. V.	bis TOP 16
Herr Schlotter, Lilienthal e. V.	bis TOP 16
Herr Heider, Lilienthal e. V.	bis TOP 16

Je eine Schulklasse vom Wieland- und Pestalozzi-Gymnasium im Rahmen des Projekts „Planspiel Kommunalpolitik“ bis TOP 7

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Projekt „Planspiel Kommunalpolitik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Einrichtung von Lehrerarbeitsplätzen an Schulen mit Ganztagesbetrieb	146/2007+ 146/2007 - 1
4.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Weißdornweg" - Satzungsbeschluss -	150/2007 + 150/2007 - 1
5.	Aufstellung des Bebauungsplans "Wässerwiesen - 1. Änderung	153/2007
6.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Riedlinger Straße Süd - 1. Änderung" - Satzungsbeschluss -	154/2007
7.	Arbeit für Menschen mit besonderem Betreuungsaufwand Pilotprojekt der Stadt Biberach mit Lernen Fördern e.V.	145/2007
8.	Richtlinien für „Bürgerschaftliches Engagement in Biberach“ (BE); Antrag der CDU-Fraktion vom 19.02.2007	144/2007 144/2007 - 1
9.	Bürgerversammlung am 8. Oktober 2007 -Festlegung von Termin, Ort und Themen	143/2007 - 1
10.	Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Stadtwerke Biberach GmbH	141/2007
11.	Überörtliche Prüfung der Bauausgaben der Stadt Biberach an der Riß in den Haushaltsjahren 2002 - 2005 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg	142/2007
12.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach Stand 30.06.2007	136/2007
13.	Bericht zur Wirtschaftsplanentwicklung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung - II. Quartal 2007	138/2007
14.	Quartalsbericht für das I. und II. Quartal 2007 des Eigenbetriebs Woh- nungswirtschaft	166/2007
15.	Wiederbesetzung der Stelle "Leiter(in) Ordnungsamt"	165/2007
16.	Jahresbericht 2005/2006 von Lilienthal e.V. / Kulturhalle Abdera	149/2007
17.1.	Neueinteilung der Wahlbezirke ab 2009	140/2007
18.1.	Verschiedenes: Termine für Trauungen in Biberach	
18.2.	Verschiedenes: Runder Tisch Schulen	
18.3.	Verschiedenes: Ampelsteuerung	
18.4.	Verschiedenes: Schließfächer während des Umbaus der Tiefgarage Stadthalle	
18.5.	Verschiedenes: Sportstättenbericht	
18.6.	Verschiedenes: Pflaster in der Innenstadt	
18.7.	Verschiedenes: Entwicklung Hochschule und Dollinger-Realschule	
18.8.	Verschiedenes: Wieland-Jubiläum	
18.9.	Verschiedenes: Umfrage im Hallenbad	
18.10.	Verschiedenes: Neueinteilung der Wahlbezirke	
18.11.	Verschiedenes: Sponsoringanfragen der Stadt	
18.12.	Verschiedenes: Otto-Schlecht-Straße	

Die Mitglieder wurden am 13.09.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokal-
teil der Schwäbischen Zeitung am 20.09.07 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Projekt „Planspiel Kommunalpolitik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

OB Fettback begrüßt die Teilnehmer des Projekts „Planspiel Kommunalpolitik“ und wirbt in diesem Zusammenhang für das JuPa, das durchaus etwas bewegen könne.

TOP 2 **Bürgerfragestunde**

Radwegeverbindungen

Ein Bürger meint, das Interesse von Fußgängern und Radfahrern werde in der Stadt ignoriert und er frage sich, warum dies so sei. Unter anderem schildert er die Situation beim Evangelischen Friedhof. Es mache keinen Sinn, dass die Memminger Straße Grün habe, wenn 50m weiter beim „Zweighart“ gehalten werden müsse. Als weiteres Beispiel nennt er die Kreuzung beim „Neukauf“. Pkw hätten Grün, auch wenn dort kein Auto fahre. Die gleiche Bevorrechtigung werde Fußgängern nicht eingeräumt. So stehe die Fußgängerampel beim Hallenbad ewig auf Rot und seines Erachtens könnte die Anforderungszeit auf 5 Sekunden reduziert werden.

Bei einem Anruf bei der Verwaltung habe er den Hinweis erhalten, man könne bei Rot queren, da Pkw auch warten müssten. Dies könne nicht sein. Er fragt, warum der Übergang nicht gesichert werde, z. B. durch Schwellen, damit Autofahrer gezwungen würden, die Geschwindigkeit zu reduzieren.

Vor zwei Wochen sei ein städtischer Mitarbeiter in der Nähe gewesen, habe sich aber für nicht zuständig erklärt. Er meint, Pkw hätten in Biberach so lange es nicht ums Parken gehe Narrenfreiheit. Die Mehrzahl der Bürger bewege sich jedoch zu Fuß oder mit dem Rad fort. Dennoch würden ständig Tiefgaragen und ähnliches gebaut, in den Schulen stünden aber nicht einmal überdachte Fahrradstellplätze zur Verfügung. Am Geld könne dies nicht liegen.

OB Fettback weist die pauschalen Vorwürfe zurück, die Interessen der Fußgänger und Radler würden ignoriert, und verweist auf den Rad- und Fußwegeplan. Außerdem praktiziere man Modal split. Manche Gegebenheiten seien zwar nicht befriedigend, wie die Ampelschaltungen, man versuche aber, die Verkehrsbeziehungen zu optimieren.

BM Ogertschnig fügt an, das Thema der Ampelschaltungen sei bekannt und man habe hierüber im letzten Bauausschuss intensiv diskutiert. Die Firma versuche seit Monaten, das Problem in den Griff zu bekommen. Dies gelinge ihr aber noch nicht zur Zufriedenheit der Bürger. Man habe noch in der selben Woche ein Gespräch, in dem man der Firma eine Frist setze und androhe, sich ansonsten von ihr zu trennen. Die Verkehrsbeziehungen seien sehr komplex und die Straßen teilweise sehr belastet. Daher sei es ein generelles Ziel, z. B. eine Entlastung auf der Memminger Straße zu erreichen. Hierbei werde der geplante Aufstieg zur B30 helfen, die Situation zu verbessern.

Der Bürger wirft noch ein, das Augenmerk sollte hauptsächlich auf die Hauptfußwegeverbindungen und die Schulwege gerichtet werden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 146/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 13.09.07. Die einstimmige Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 146/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback lässt wissen, der Städtetag habe erklärt, die Bedingungen seien mit dem Land ausgehandelt. Der Städtetag befasse sich jedoch weiter mit dem Thema, das man auch als Aufgabe des Landes sehe. Das Land könne nicht Ganztagschulen fordern ohne die entsprechende Hardware zur Verfügung zu stellen. Da im Zuge der Ganztagschulen auch weitere Anforderungen auf die Lehrer hinzukämen, müsse man sie entsprechend ausstatten, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen könnten.

StR Hagel bringt vor, der Lehrerberuf habe sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren erheblich verändert und mittel- bis langfristig werde die Präsenzpflcht der Lehrer eingeführt werden. Daher müssten Arbeitsplätze von den Schulträgern eingerichtet werden. Dies seien bislang zu wenig, weshalb es gut sei, dass die Stadt einen ersten Schritt zur Verbesserung unternehme. Langfristig müsse man für jeden Lehrer einen Arbeitsplatz vorsehen. Auch bei der Ausstattung denke man an deutlich mehr, beispielsweise Stauraum, zumal steuerrechtlich Arbeitszimmer für Lehrer nicht mehr absetzbar seien. Die Organisation vor Ort sei Sache der jeweiligen Schulen. So gehe man beispielsweise davon aus, dass auch Lehrer die Mensa nutzten, weshalb die Aufsicht sicher kein Problem sein dürfte.

StR Keil sieht in den Maßnahmen einen weiteren Schritt in Richtung IZBB. Es sei den Eltern und Lehrern zu verdanken, dass bislang die Umsetzung der Ganztagschule so still und ruhig über die Bühne gegangen sei. Auch was die Verwaltung hierzu geleistet habe sei enorm, wofür man danke. Das Lehren erfordere neue Formen wie die dauernde Präsenz der Lehrer an der Schule, weshalb Lehrerarbeitsplätze erforderlich seien. Man vermisse im Konzept die Pflug-Förderschule und erwarte alsbald eine Diskussion zu deren Perspektiven.

StRin Vollmer sieht im Verwaltungsvorschlag einen ersten erforderlichen Schritt, da man einspringen müsse, wenn das Land die Schulen im Stich lasse. Sie erkundigt sich nach Zuschüssen für die Ganztagsgrundschulen und die Pflugschule.

StR Späh sieht eine Bringschuld des Landes für die zugesagten zusätzlichen Lehrerstunden (vier je Ganztagsklasse) und meint, der Gemeinderat sollte ein Signal an das Land senden, dass man auf die Einhaltung dieser Zusage warte.

StR Funk bringt vor, die genannten Änderungen führten dazu, dass Lehrer länger an den Schulen sein müssten, was zu Veränderungen und Folgekosten führe. Es führe aber auch zu Verschiebungen.

Sicher seien durch die Einführung von G8 auch etwas weniger Lehrer erforderlich. Auch er sei für ein Signal an das Land, damit man bei der Föderalismusreform einen Erfolg erziele. Die Verwaltungsvorlage sei hervorragend und sehe so viel vor, wie derzeit benötigt werde. Alles andere könne später eingerichtet werden.

OB Fettback führt aus, das Land befinde sich im Widerspruch, wenn es einerseits 40% Ganztages-schulen fordere, ohne diese als Regelschulen zu verankern. Der Grund hierfür sei, dass das Land sonst mehr in der Pflicht wäre. Die Pflugschule sei kein Stiefkind. Sie betreibe eine Ganztages-schule ohne Anerkennung. Diese sei derzeit nicht möglich, da keine räumliche Verbindung mit der Hauptschule möglich sei, wie dies gefordert werde. Anders sei es mit der Gaisental-Grundschule. Hier sei der erste Antrag abgelehnt worden, er könne jedoch wiederholt werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Einrichtung von Lehrerarbeitsplätzen gemäß Ziffer 3 der Begründung zu Drucksache Nr. 146/2007 wird als 1. Schritt zugestimmt.**
- 2. Am Wieland- und Pestalozzi-Gymnasium sowie an der Mali-Hauptschule und an der Braith-Grundschule werden die Lehrerarbeitsplätze im Jahr 2008 eingerichtet.**
- 3. Der Einrichtung eines Ganztagesbetriebs am Wieland- und Pestalozzi-Gymnasium ab dem Schuljahr 2008/09 wird zugestimmt. Die Organisation und die Kosten der Betreuung während der Mittagspause übernimmt die Stadt Biberach als Schulträger.**
- 4. Der Einrichtung eines teilweisen Ganztagesbetriebs an der Gaisental-Grundschule und an der Dollinger-Realschule ab dem Schuljahr 2008/09 wird zugestimmt. Die Organisation und die Kosten der Betreuung während der Mittagspause übernimmt die Stadt Biberach als Schulträger.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 150/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 17.09.07. Dessen Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 150/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Ogertschnig erläutert den Sachverhalt.

StR Kolesch bringt vor, alle seien froh über die zusätzlich möglichen Bauplätze. Details habe man kontrovers diskutiert. Der CDU-Fraktion sei es wichtig, möglichst vielen in der Bevölkerung den Bau eines Eigenheims zu ermöglichen. Da die Finanzmittel der einzelnen begrenzt seien, müsse man für erträgliche Preise sorgen und dass die Bauherren möglichst ihre Wünsche realisieren könnten. Der Trend gehe zu kleinen Grundstücken. Gleichzeitig wünsche man sich Familien mit möglichst vielen Kindern. Die Bauvorschriften sollten daher eine optimale Grundstücksausnutzung und Raumschaffung ermöglichen. Die CDU-Fraktion habe bereits in der ersten Phase des Aufstellungsverfahrens eine Traufhöhe von 4,5 m beantragt, was von der Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt worden sei. Jetzt sollten fünf Gebäude 30 cm höher bauen dürfen, um technische Probleme zu vermeiden und das Argument der Landschaftverschandelung werde nicht mehr thematisiert. Man werde also keine einheitlichen Kanten mehr haben und die Argumente der Verwaltung gegen 4,5 m seien ausgehebelt.

StR Keil bringt vor, die SPD-Fraktion habe ursprünglich gedacht, der Antrag könne nicht erneut gestellt werden, da man vor weniger als einem halben Jahr über ihn abgestimmt habe. Es sei jedoch argumentiert worden, dass dies nicht greife, da sich Tatsachen verändert hätten. Qualität sei bei Architektur wichtig und in Biberach sei es auch aus geographischer Sicht besonders wichtig, eine sorgfältige Abstimmung vorzunehmen. Eine Kniestockbebauung sei konstruktiv aufwändig, weshalb die angeführte Kostenersparnis kein Thema sei. Bislang sei das Baugebiet Rißegg gelungen, was erhalten werden solle. Man hoffe auf verantwortungsvolle Bauherren und Architekten, die Wildwuchs vermieden.

StR Zügel bezeichnet den CDU-Antrag als legitim, da sich die Sachlage verändert habe. Die Argumentation der Verwaltung zur Begründung der Traufhöhe habe jedoch nach wie vor Gültigkeit. Die Mehrzahl der Architekten erachte eine Traufhöhe von 4 m als sinnvoll. Dass die Stadt bei fünf Grundstücken die Traufhöhe aus technischen Gründen angehoben habe, sei kein Grund für eine Totalwende. Die Freien Wähler plädierten daher dafür, 4 m Traufhöhe zu belassen. Er erhebt dies zum **Antrag**.

StRin Brunner meint ebenfalls, mit einer Kniestockerhöhung habe man weder ein Ein- noch ein Zweifamilienhaus und dies sei baukonstruktiv unsinnig. Daher stimme sie der Empfehlung des Bauausschusses nicht zu.

StR Braig meint, 4 m Traufhöhe schützten nicht vor einem Kniestock, da die Grundstücke tiefer gelegt werden könnten. In Rißegg werde der größte Teil der Grundstücke mit Hebeanlagen entwässert, was keine großen Kosten verursache. Man solle den Kniestock so hoch vorsehen, wie dies vom Ortschaftsrat beschlossen worden sei. Er verstehe die Diskussion wegen wenigen Gebäuden nicht, da man in der Innenstadt nicht so restriktiv vorgehe.

StR Funk plädiert für Freiheit für die Bürger, die selbst entscheiden sollten, was sie wollten und nicht durch Bebauungsplanfestsetzungen manche Anbieter bevorzugen.

Anschließend wird die Empfehlung des Bauausschusses bei 13 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (StR Rieger) abgelehnt. Die Abstimmung über den Beschlussantrag der Verwaltung ergibt 14 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen (StR Braig, Hagel, Rieger).

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 150/2007 aufgeführten Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen des Landwirtschaftsamtes und eines Anwohners werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, diese Stellungnahmen den Vorbringern gem. § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis der Prüfung ihrer Anregungen.**
- 2. Der Bebauungsplan „Weißdornweg“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 881/71 Index 3 vom 27.06.2007 im Maßstab 1 : 500 wird nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 3. Die örtlichen Bauvorschriften i. d. F. vom 27.06.2007 Index 3 werden nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 4. Die im Bebauungsplan „Weißdornweg“ ursprünglich festgelegte Traufhöhe (Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 881/71 Index 2) wird für die Gebäude nordwestlich des Weißdornwegs (Weißdornweg 1, 3, ..., 31) um 50 cm erhöht. Der Bebauungsplan „Weißdornweg“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 881/71 Index 3 vom 27.06.2007 wird entsprechend geändert.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 153/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 17.09.07.

StRin Buttschardt erklärt sich für befangen und verlässt den Ratstisch.

StR Funk meint, man müsse Gewerbegebiete für alle Unternehmen anbieten, sowohl für kleine als auch für große. Im Bauausschuss sei von einem Mitglied erklärt worden, dass man sich um die Großunternehmen kümmern müsse.

BM Ogertschnig erinnert sich an keine derartige Aussage aus dem Gremium.

StR Kolesch bestätigt dies. Allenfalls sei die Aussage bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen gefallen. Man leide an den engen Gemarkungsflächen und nach den Gewerbegebieten Flugplatz und Wässerwiesen habe man keine Entwicklungsfläche mehr. Daher sei appelliert worden, mit den wenigen Flächen sorgsam umzugehen.

StR Keil bestätigt dies.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan Nr. 07-55 vom 27.08.2007, mit unterbrochener, bandierter Umrandung gekennzeichnete Gebiet, wird der Bebauungsplan „Wässerwiesen 1. Änderung“ aufgestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 154/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 17.09.07.

StR Braig ist befangen und verlässt den Sitzungstisch.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 154/2007 aufgeführten Stellungnahmen der Verwaltung zu Anregungen der Anwohner und zum Vorbringen der Träger öffentlicher Belange werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern gem. § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis der Prüfung ihrer Anregungen.**
- 2. Der Bebauungsplan „Riedlinger Straße Süd – 1. Änderung“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 882/14 Index 1 i. d. F. vom 28.08.2007 im Maßstab 1 : 500 wird nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 3. Die örtlichen Bauvorschriften i. d. F. vom 28.08.2007 Index 1 werden nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 145/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 13.09.07.

StR Etzinger ist befangen und verlässt den Sitzungstisch.

OB Fettback lässt zur Frage von StR Funk bezüglich der Stellungnahme des Personalrats wissen, dieser habe der Abordnung grundsätzlich zugestimmt, jedoch bestimmte Anforderungen, beispielsweise zum Status der Hausmeister (z. B. Weitergeltung von Dienstvereinbarungen der Stadt Biberach und Weitergewährung von Freiwilligkeitsleistungen) gefordert, was man zusagen könne. Man Sorge sich um Menschen, die am Arbeitsmarkt keine oder kaum eine Chance hätten, trotz der geringen Arbeitslosigkeit in Biberach. Zwar existiere ein Förderprogramm der Bundesregierung, dieses gelte jedoch nicht für Biberach, sondern nur für Städte ab einer Arbeitslosenquote von 10%. Man habe die Erkenntnis, dass in bestimmten Bereichen erheblich Personal abgebaut werde, z. B. beim Baubetriebsamt, auch wenn man noch viel Arbeit für Menschen ohne hohe Qualifikation anbiete. Man sei wo möglich auch bei der Stadt bemüht, Personal einzustellen, das sonst keine Chance habe, dies sei aber teilweise problematisch, was beispielsweise Erfahrungen beim Baubetriebsamt gezeigt hätten. Nun wolle man das Pilotprojekt mit Lernen Fördern starten, das einen sozial- und arbeitspolitischen Aspekt habe.

StR Dullenkopf lässt wissen, eine große Mehrheit der CDU-Fraktion werde dem Projekt zustimmen. Probleme hätten diejenigen gehabt, die einen Widerspruch zum kürzlich gefassten Beschluss bezüglich der Eigenreinigung gesehen hätten. Eine Mehrheit sehe aber, dass trotz der guten Arbeitslosensituation bestimmte Menschen existierten, die keine Arbeit fänden, da sie Betreuung erforderten. Man wolle das Projekt beobachten, ob auch tatsächlich dieser gedachte Personenkreis beschäftigt werde. Von der Verwaltung werde ein Ansprechpartner benannt, der sicherstellen müsse, dass die angebotenen Leistungen vergleichbar seien.

StRin Kübler meint, es stehe der Stadt gut an, beim Verein Lernen Fördern Leistungen einzukaufen, um Menschen mit großem Betreuungsaufwand zu beschäftigen. Die Beschäftigungsgesellschaft sei eine gute Idee und es sei ein wichtiger Integrationsbeitrag.

StRin Vollmer signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler, erkundigt sich aber noch nach der Zusammenarbeit mit dem Dornahof.

StR Späh sieht die Stadt in einer sozialen Verantwortung und signalisiert die Zustimmung der Grünen zum Pilotprojekt. Er prognostiziert einen Erfolg, da man zwei erfolgreiche Partner habe und sicher Synergien erzielt werden könnten.

StR Funk spricht sich für den Einsatz von Menschen mit besonderem Betreuungsaufwand aus. Er habe mit der Sozialdezernentin des Landkreises gesprochen und abgefragt, ob diese Ergänzung hilfreich wäre, was sie bejaht habe. Sie sei aber auch überzeugt, dass der Arbeitsmarkt schon sehr leergefegt sei. Ihm genüge die Antwort nicht, dass zusätzlich drei Personen für dieses Projekt eingestellt würden. Es sei sicherzustellen, dass das Projekt auch dem gewünschten Personenkreis

zugute komme. Ansonsten fände nur eine Umverteilung der Arbeit auf einen steuerbegünstigten Verein statt. Wäre das der Fall, wäre er gegen das Projekt.

OB Fettback gibt zu verstehen, man müsse dem Verein eine Übergangszeit zugestehen, in der auch befristet Personal übernommen werde. Dass letztlich der gewünschte Personenkreis eingesetzt werde, sei von allen gewolltes Ziel. Unklar sei jedoch, wann man diesbezüglich Sicherheit habe, weshalb man ein Pilotprojekt starte. Unklar sei auch, ob der Markt überhaupt diese Personen herbe. Die Kooperation auf der vorgeschlagenen Basis resultiere daraus, dass er einen Ansprechpartner wünsche. Bisher agierten Dornahof und Lernen Fördern nebeneinander, wobei der Dornahof sich eher auf den Sicherheitsdienst fokussiert habe und Lernen Fördern das soziale Feld bediene. Ob eine Fusion erfolge, sei abzuwarten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Braig, Funk, Kolesch) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1.1. Der Gemeinderat stimmt dem auf 2 Jahre befristeten Pilotprojekt und dem ausgearbeiteten Grundlagenvertrag zu.**
- 1.2. Die Reinigungsleistung für die Jugendmusikschule, die Pflugschule mit Turnhalle und die Kindertagesstätte an der Pflugschule mit Außenstelle Birkendorf wird an Lernen Fördern e.V. vergeben.**
- 1.3. Die Verwaltung wird beauftragt rechtzeitig vor Auslaufen des Vertrages über die Erfahrungen zu berichten.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 144/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 13.09.07 und ist in Drucksache Nr. 144/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback zeigt an einem Beispiel auf, dass er den Verwaltungsvorschlag nach wie vor für richtiger halte, da er unter anderem präziser sei.

StR Dullenkopf führt aus, man habe sich zwei Jahre intensiv mit dem Verwaltungsvorschlag beschäftigt. Es existierten mehrere Tausend Ehrenamtliche in der Stadt und den Bedarf für eine Regelung habe man bislang nicht gesehen, da die Zusammenarbeit mit ihnen funktioniere. Dieses Engagement sei begeisternd, zumal auch viele junge Menschen darunter seien. Die CDU-Fraktion habe die Richtlinien modifiziert, damit sie praktikabel und umsetzbar würden. Dann müsse man beobachten, wieviele Gruppen sich angesprochen fühlten, wie die Belastung für die Fachämter und den Agenda-Beauftragten sei, welche finanzielle Belastung sich ergebe und ähnliches. Hierzu erwarte man mindestens einmal jährlich eine schriftliche Information des Agenda-Beauftragten. Er sichert die positive Begleitung des Projekts durch die CDU-Fraktion zu.

StRin Kübler bemerkt, der Entwurf sei seit fast zwei Jahren in Umlauf und viele Bürger hätten sich mit ihm befasst. Ziel sei gewesen, in der Arbeitsgemeinschaft verbindliche Richtlinien zu erarbeiten. Dies wäre auch im Sinne einer funktionierenden Beteiligungskultur sinnvoll gewesen. Jetzt solle dagegen über den CDU-Vorschlag entschieden werden, ungeachtet ob er die erforderlichen Strukturen beinhalte, da man die betroffenen Bürger hierzu nicht befragt habe. Sie befürchte daher eher negative Auswirkungen, da diesem Vorschlag ein großes Maß an Legitimation fehle. Ziel sollte es jedoch sein, die Bürger in die Lage zu versetzen, sich selbst zu organisieren. Ein von allen Seiten akzeptierter Leitfaden wäre hierfür bereichernd. Sie **beantragt**, die Arbeitsgemeinschaft zur Erarbeitung der Richtlinien einzusetzen. Arbeitsgrundlage sollten die beiden Entwürfe sein.

StRin Goeth trägt vor, in Biberach habe man viele Bürger, die am Zusammenleben im Gemeinwesen interessiert seien und hieran aktiv mitarbeiten wollten. Es sei daher ein kleines Signal nach außen erforderlich, dass bürgerschaftliches Engagement politisch gewollt sei. Zusammenarbeit benötige Regeln. Verwirrung sei entstanden, da man von zwei unterschiedlichen Dingen spreche, einmal dem Bürgerengagement und zum anderen der Bürgerbeteiligung. Beim Bürgerengagement könnten die Bürger selbst Themen angehen. Bei der Bürgerbeteiligung würden die Bürger vom Gemeinderat zur Mitarbeit in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung aufgefordert. Hierfür seien unterschiedliche Regeln erforderlich. Die FW/UB-Fraktion habe von Anfang an zwei getrennte Vorgehensweisen gewünscht und sich daher für den CDU-Entwurf zum Bürgerengagement ausgesprochen. Der Bereich Bürgerbeteiligung werde nur in einem Satz angesprochen und Regeln hierfür müssten gesondert festgelegt werden. Wenn dies jetzt noch nicht geregelt werde, sei dies unproblematisch, da derartige Fälle nur selten vorkämen. Spätestens wenn jedoch ein derartiges Projekt anstehe, müsse man hierfür Richtlinien festlegen.

StR Gehring fand diese Klarstellung von StRin Goeth wichtig. Es finde vielfältiges Bürgerengagement auch ohne städtische Beteiligung statt und es sei wichtig, die Spielregeln hierfür festzuhalten. Der Leitfaden sei hierfür ein erster Schritt. Der wesentliche Schritt der echten Bürgerbeteiligung fehle noch.

StR Braig meint, beim Bereich Bürgerengagement habe der Bürger die Federführung, bei der Bürgerbeteiligung sei der Gemeinderat Herr des Verfahrens. Letzteres sei nicht regelungsbedürftig, da die Vorgehensweise stark vom Einzelfall abhängt.

Anschließend wird über den **SPD-Antrag, der einer Vertagung entspricht**, abgestimmt. Er wird bei 7 Ja-Stimmen (OB Fettback, StRe Buttschardt, Drews, Kapfer, Keil, Kübler, Dr. Nuding), 3 Enthaltungen (StRe Brunner, Gehring, Späh) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend fasst der Gemeinderat bei 8 Nein-Stimmen (StRe Braig, Buttschardt, Drews, Funk, Kapfer, Keil, Kübler, Dr. Nuding), 1 Enthaltung (OB Fettback) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat erlässt den von der CDU-Fraktion beantragten „Leitfaden Bürgerengagement der Stadt Biberach“. Dieser wird in Ziffer 2 Absatz 2 wie folgt modifiziert:

(2) Fachliche Ansprechpartner für die Gruppierungen bei der Verwaltung sind die jeweils zuständigen bzw. federführenden Fachämter und Dezernenten über die Geschäftsstelle Lokale Agenda 21.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 143/2007-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 13.09.07.

OB Fettback macht darauf aufmerksam, dass die Bürgerversammlung nicht im Kleinen Saal, sondern im Hans-Liebherr-Saal der Stadthalle stattfindet.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Am 8. Oktober 2007 findet um 19 Uhr im Hans-Liebherr-Saal der Stadthalle eine Bürgerversammlung statt. Themen sind:

- 1. Älter werden in Biberach**
- 2. Bürger fragen – Verwaltung antwortet**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 141/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Aufsichtsrat der Stadtwerke Biberach GmbH am 24.07.07.

StR Dullenkopf erklärt sich namens seiner Fraktion ausdrücklich mit der Verlustverwendung einverstanden.

Die StRe Keil und Vollmer schließen sich an.

StR Späh signalisiert ebenfalls die Zustimmung der Grünen und meint, die Stadtwerke hätten sehr gut gewirtschaftet.

StR Funk spricht die Zuständigkeit an und meint, die meisten Zahlen seien aufgrund der Umgliederungen nicht aussagefähig. Viele städtische Aufgaben seien mittlerweile auf private Unternehmen ausgelagert, weshalb im städtischen Haushalt eine konsolidierte Betrachtung erforderlich sei, da man keine getrennten Kassen habe. Außerdem bittet er, rechtzeitig über die erforderliche Eigenkapitalzuführung zu informieren.

OB Fettback lässt wissen, letzteres werde im Entwurf des Haushaltsplans thematisiert. Durch die Ausgliederung verschiedener Aufgaben spare die Stadt letztlich Geld, das man für andere Dinge ausgeben könne. Die Beschlussfassung des Gemeinderats sei faktisch eine Vorberatung für den Gesellschafterbeschluss.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2006 wird, unter Berücksichtigung des Bestätigungsvermerkes vom 30. April 2007 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EversheimStuible Treuberater GmbH, festgestellt.**
- 2. Verwendung des Verlustes aus dem Jahresabschluss 2006:
Der Jahresverlust in Höhe von 243.875,64 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2006.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 142/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 13.09.07.

OB Fettback lässt wissen, nach Auskunft der Prüfer sei das Ergebnis angesichts des Bauvolumens ein sehr gutes Zeugnis für die Bauverwaltung.

StR Dullenkopf schließt sich diesem Lob an.

StR Dr. Nuding gibt zu verstehen, ein Teil der Anmerkungen der GPA resultiere aus Überbürokratisierung und die Verwaltung habe hiergegen richtig argumentiert, vor allem hinsichtlich der Vergabepraxis. Die GPA habe nicht viel technischen Sachverstand.

StR Rieger schließt sich seinen Vorrednern an und dankt für das gute Ergebnis.

StR Gehring begrüßt, dass die Vorlage sehr ausführlich und aus ihr ersichtlich sei, wie zermürend eine Prüfung sein könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt gemäß § 114 Abs. 4 Satz 2 GemO vom Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Bausausgaben der Stadt Biberach an der Riß in den Jahren 2002 - 2005 Kenntnis.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 136/2007 zur Information vor.

OB Fettback lässt wissen, von den geplanten Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer könne man fast gefestigt ausgehen. Statt der veranschlagten 66,5 Mio. € erhalte man brutto fast 90 Mio. €.

StR Wiest meint, die bisher erkennbare Tendenz verfestige sich und man befinde sich insoweit bezüglich der Haushaltsabwicklung in planmäßigem Verlauf. Es sei ein verantwortlicher Umgang mit den Steuereinnahmen erforderlich und der Gemeinderat insgesamt habe die Zeichen erkannt und Schulden getilgt. Man habe die „fetten Jahre“ genutzt, um in schlechteren Zeiten hiervon partizipieren zu können. Er fragt, ob über die Zuschüsse des Bundes für die Sanierungen von Schulbauten entschieden sei. Dann spricht er noch die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform an und äußert die Befürchtung, dass Städte mit höheren Gewerbesteuereinnahmen zu leiden hätten.

OB Fettback verdeutlicht, noch handle es sich bei den Gewerbesteuereinnahmen um einen Überschwappeffekt der guten Jahre. Dieses hohe Niveau könne man für die nächsten Jahre nicht halten und hinzu kämen die Unsicherheiten der Unternehmenssteuerreform, wobei noch unklar sei, wie sich diese auf die Stadt auswirke. Für 2008 schlage man Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 60 Mio. € vor, also 10% weniger.

Frau Leonhardt lässt wissen, für die Gymnasium und die Pflugschule seien 2007 keine Zuschüsse mehr zu erwarten.

BM Ogertschnig fügt an, auch bei der Stadtsanierung sei 2007 nichts eingegangen.

StRin Kübler bezeichnet die Vorlage als erfreulich, da sie die stetig positive Haushaltslage der Stadt widerspiegle, was auf die anhaltend florierende Wirtschaft zurückzuführen sei. Es handle sich nicht nur um einen Überschwappeffekt. Der Konkurrenzkampf unter den Städten beginne und sie frage sich, wie man hierauf reagiere. Eine aktive Wirtschaftsförderung gewinne zusehends an Bedeutung. Der Innenstadt Richtung Ulmer Tor und Bahnhof fehle der letzte Pep, obwohl es sich hier um einen wichtigen Eingangsbereich handle. Zum Energiebericht erwarte man auch noch nachhaltige Vorschläge.

StR Zügel stellt fest, die Gewerbesteuer entwickle sich sehr zufriedenstellend und alle hätten bewiesen, dass man bedächtig und nachhaltig mit den zu erwartenden Einnahmen umgehe. Schließlich habe man viele belastende Folgekosten von den umgesetzten Maßnahmen, die für eine gute Position im Wettbewerb der Kommunen erforderlich seien. Ein Knackpunkt werde sicher die Unternehmenssteuerreform sein. Es gehöre auch zum städtischen Wettbewerb, den Hebesatz auf den Prüfstand zu stellen, wenn klar sei, wie sich die Unternehmenssteuerreform auswirken werde, denn man habe eine Verantwortung gegenüber den Unternehmen. Unter Umständen sei der gewerbliche Hebesteuersatz daher zu senken.

StR Späh bezeichnet die Ansparungen bei den Personalkosten in Höhe von 200.000 € als lobenswert, man dürfe die Schraube aber nicht überdrehen, um das Personal nicht zu demotivieren. Er

fragt, ob Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 60 Mio. € als Tendenz für die kommenden Jahre festgehalten werden könnten. Dann fragt er noch, ob man für verspätet eingehende Zuschüsse Zinsnachzahlungen erhalte.

StR Funk plädiert, die Stellplatzablösegebühren abzuschaffen, was vielen Einzelhändlern helfen würde. Die erforderliche Erhöhung des Eigenkapitals der Stadtwerke solle man früher mitteilen und nicht erst zum Haushaltsplanentwurf. Ferner sollten generell zwei Stellplätze je Wohnung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen gefordert werden und bei neuen Bebauungsplänen geklärt werden, wo öffentliche Stellplätze geschaffen werden könnten. Er erwarte auch einen klaren Vorschlag der Verwaltung, wie die Bürger deutlich an den Mehreinnahmen beteiligt werden könnten. In Frage kämen die Grund- und die Gewerbesteuer. Auch plädiert er für Vorratskäufe bei Grundstücken, um eine „stille Reserve“ zu haben. Man gönne sich seit Jahren relativ viel, weshalb eine langfristige Finanzplanung erforderlich sei, aus der klar werde, wieviel Finanzmittel man in 25 Jahren wieder benötige.

OB Fettback lässt wissen, für die Gewerbesteuereinnahmen nach 2008 gehe man von einer moderaten Steigerung aus. Man werde den Fraktionen und der FDP, so gewünscht, dies mit Versand des Haushaltsplans gerne erläutern.

StR Dullenkopf meint, dann könnte auf die erste Lesung des Haushalts verzichtet werden, denn derartige Erläuterungen erfolgten dort.

OB Fettback lässt noch wissen, eine Verzinsung für Vorleistungen bzw. verspätet eingehende Zuschüsse erhalte man nicht.

EBM Wersch ruft in Erinnerung, in den Jahren 2003 bis 2005 habe man Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 30 - 50 Mio. € gehabt, was man nicht vergessen dürfe. Ab 2004 bis 2007 habe es eine positive Entwicklung gegeben und nun partizipiere man noch vom Überschwappeffekt. Die weitere Entwicklung der Unternehmen lasse davon ausgehen, dass die Kurve abflache, sie könne aber auch nach unten gehen. Wichtig sei die Unternehmenssteuerreform, deren Kompensationswirkung man abwarten müsse. Eine Veränderung des Gewerbesteuerhebesatzes könne man daher frühestens 2008 diskutieren. Auch müsse man neue Belastungen berücksichtigen, beispielsweise die Entwicklungen auf dem Energiesektor. Die Bürger habe man 2006 durch eine Senkung der Grundsteuer an den Steuermehreinnahmen beteiligt. Da man von keinen weiteren Mehreinnahmen ausgehe, schlage man diesbezüglich für 2008 nichts vor. Zur Eigenkapitalerhöhung der Stadtwerke könne er in den nächsten Tagen die Planzahlen mitteilen.

Damit hat der Gemeinderat vom Quartalsbericht Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 138/2007 zur Information vor.

StR Dullenkopf bezeichnet die Vorlage als sehr wichtig, da man nur bei ihr die Möglichkeit habe, einmal im Jahr zu sehen, was beim Eigenbetrieb laufe und in Planung sei. Er erklärt sich namens der CDU-Fraktion damit einverstanden, dass diese Information künftig ein Quartal später erfolge. Man liege weitgehend im Plan. Wenn das Ergebnis der Abschreibungsuntersuchung vorliege, sei er gespannt auf die Erläuterung, warum eine Korrektur erforderlich sei. Erstaunt zeigt er sich über die 120.000 € Mehrkosten für die Kanalumlegung Memminger Straße, da die voraussichtlichen Baukosten mit 135.000 € beziffert worden seien und die Auftragssumme 235.000 € betrage. Er fragt, warum dies mit der Beschaffung des Untergrundes begründet werde, denn dass dieser problematisch sei, sei allgemein bekannt.

StR Dr. Nuding stimmt StR Dullenkopf in Bezug auf den hohen Stellenwert des Berichts zu. Auch die SPD-Fraktion sei damit einverstanden, dass der Bericht künftig erst zum 3. Quartal vorgelegt werde. Er bittet, die Inkassoregelung mit der e.wa riss GmbH darzulegen. Dann spricht er noch den Kreditbedarf, die Höhe der Neuverschuldung und der Tilgungsleistungen an und bittet, diese darzulegen.

Auch die Grünen seien damit einverstanden, den Bericht künftig erst im 3. Quartal zu erhalten, so StR Späh. Wichtig sei, dass man nicht von einer Gebührenerhöhung ausgehen müsse.

StR Funk meint, angesichts des hohen Stellenwerts sei es unverständlich, dass der Bericht künftig erst zum 3. Quartal vorgelegt werden solle. Dann sei man bald in den Haushaltsplanberatungen. Allerdings könne man auf einige Details verzichten, einen Zwischenbericht benötige man jedoch. Ihn interessiere, ob eine Gebührenveränderung geplant sei. Er spricht die Entschädigung der e.wa riss bezüglich des Einzugs der Abwassergebühren an und fragt, wie dies im Sinne einer bürgerfreundlichen Regelung gehandhabt werde. Ferner spricht er die Kreditzinsen an und fragt, ob eine Schuldenreduzierung geplant sei. Dann bittet er noch darzulegen, ob die Umlegung des Kanals in der Memminger Straße auf den Hallenbadneubau zurückzuführen sei.

BM Ogertschnig kündigt an, bis Oktober 2008 einen Bericht bezüglich der Abschreibungen vorlegen zu können. Der Inkassofall habe sich im Rahmen der Prüfung des tatsächlichen Aufwands ergeben.

Herr Falk lässt wissen, die Mittelanmeldungen für den Kanal in der Memminger Straße, der für das Hallenbad und das Gewerbegebiet benötigt werde, habe man vor einer Baugrunduntersuchung abgegeben. Man sei davon ausgegangen, dass wie beim bisherigen Kanal, der im Geh- und Radweg liege, keine Grundwasserprobleme auftreten würden, da man sich nur in 20 m Entfernung hiervon befinde. Der Komplettauftrag belaufe sich auf 235.000 € und die dargestellten 135.000 € entsprächen 50% der Gesamtkosten. Eine Liste der laufenden Projekte könne man künftig bereits zum 2. Quartal darstellen ohne eine Finanzbetrachtung zu machen. Diese sehe man dann für das 3. Quartal vor.

Frau Leonhardt lässt wissen, 2007 habe man keine Kredite aufgenommen.

EBM Wersch fügt an, das Entschuldungsthema habe man mehrfach erläutert. In die Gebührenkalkulation müsse der kalkulatorische Zins eingestellt werden, der langfristig zu kalkulieren sei und daher in der Regel höher liege als die jetzt vorgenommene Echtzeitbelastung, die den Gebührenschuldner besser stelle.

BM Ogertschnig lässt noch wissen, gegen Gebührenbescheide könnten die Bürger Widerspruch einlegen, der an den Eigenbetrieb Stadtentwässerung ginge.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 166/2007 zur Information vor.

StRin Drews spricht die lange Vormerkliste an und appelliert, diese zügig abzubauen. Auch müsse eine Investitionsplanung im Sinne des Hausbewirtschaftungsgesetzes zur Senkung der Nebenkosten und Heizkosten, die relativ hoch erschienen, erfolgen.

EBM Wersch lässt wissen, man habe den Energiepass in Auftrag gegeben und die vorgesehenen Maßnahmen seien ohnehin mit Energieeinsparungen verbunden.

StR Herzhauser spricht die Breitbandkabelgebühren an, deren Höhe ihm gewaltig erscheine. Er fragt, ob ein Teil der Kosten über die Miete zurückfließe.

EBM Wersch erwidert, dies gelte nur für einen Teil der Kosten. Er **sagt** Herrn Herzhauser direkt genauere Informationen **zu**.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 165/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 13.09.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stelle „Leiter(in) Ordnungsamt“ wird baldmöglichst öffentlich ausgeschrieben.**
- 2. Der Ausschreibungstext (siehe Anlage von Drucksache Nr. 165/2007) wird gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 149/2007 zur Information vor.

Frau Baumgärtner vom Verein Lilienthal e. V. lässt wissen, bei Veranstaltungen habe man immer wieder Probleme mit dem Einlass und der Garderobe. Zudem habe man zu wenig Lagerfläche und müsse die Bestimmungen des Nichtrauchergesetzes umsetzen. Daher sei ein Anbau erforderlich. Zunächst habe man gedacht, den hinteren Hof komplett zu überbauen, dies aber aufgrund des Nichtraucherschutzgesetzes modifiziert. Nun sehe man weitere Lagerräume, eine Garderobe und einen kleinen Ausbau des Eingangsbereichs vor. Gewünscht werde insgesamt eine größere Veranstaltungshalle mit größerer Kapazität.

Es wird applaudiert.

OB Fettback lässt wissen, die Foyererweiterung sei baulich von der Stadt gut vorstellbar. Eine Hallenerweiterung mit Kapazitäten für 500 Personen erachte man aus unterschiedlichen Gründen für problematisch. Beispielsweise würde dann die Baulinie überschritten. Auch befinde man sich nicht auf städtischem Grund, sondern das Gelände gehöre der Bahn. Theoretisch hätte man mit der Stadtbierhalle eine entsprechende Location, dort seien aber nur fünf Veranstaltungen jährlich zum Anwohnerschutz zulässig. Trotz hoher Personalfuktuation stehe der Verein Lilienthal e. V. am Markt. Er habe einmal durchgerechnet, wie stark sich die Mitglieder ehrenamtlich engagierten und der Verein könne stolz hierauf sein.

StR Dullenkopf entbietet den Dank der CDU-Fraktion. Es hätten 200 Veranstaltungen stattgefunden, die sehr unterschiedlich zu bewerten seien. Die 14-tägige Integrationsveranstaltung und das Café Tuvalu, das man als Integrationscafé sehe, kämen dem, was man ursprünglich erwartet habe, sehr nahe.

StRin Kapfer übermittelt das Lob der SPD-Fraktion, deren Dank und gratuliert zum Erfolg der gelungenen Arbeit im Jugend- und Kulturbereich. Das Engagement sei richtungsweisend und ein gutes Beispiel für den AK Jugendräume. Sie wünscht den Verantwortlichen gutes Gelingen und weiterhin Spaß an der Jugend- und Kulturarbeit.

Es wird applaudiert.

StRin Goeth bezeichnet den Bericht als sehr erfreulich. Lilienthal schaffe es allen Unkenrufen zum Trotz, erfolgreich zu sein und viele Ehrenamtliche zu gewinnen. Die schwierige Situation werde vortrefflich gemanagt. Das Abdera sei eine Institution, die niemand mehr in Frage stelle. Handlungsbedarf bestehe bezüglich des Eingangsbereichs und der Garderobe. Da der Verein viel Geld auf dem Girokonto habe, frage sie sich, ob dieses benötigt werde oder nicht eine Tagesgeldanlage in Frage komme. Gleiches gelte für das Sparbuch mit 25.000 €. Sie empfiehlt eine Umschichtung in anlagefreundlichere Lösungen.

Frau Baumgärtner gibt Auskunft über die Mitgliederstruktur und verdeutlicht, dass Mitglied nur sein könne, wer regelmäßig an den Mitgliederversammlungen teilhabe, die durch die Hauptamtlichen geleitet würden.

Zu den Geldanlagen wird mitgeteilt, man habe viel altes Inventar und die Sorge, dass etwas schnell ersetzt werden müsse, so ein Vertreter von Lilienthal . Für eine neue Schankanlage betragen die kalkulierten Kosten ca. 20.000 €. Der Girokontobestand sei sehr schwankend.

StR Späh dankt für den Bericht und meint, es werde unglaublich viel geleistet, auch im integrativen Bereich. Ein Anbau könne sinnvoll sein. Er bittet, die Kosten darzustellen.

StR Funk stellt fest, drei der sieben Vorstände stammten aus der Region, was Beweis sei, dass man die Zusammenarbeit mit der Region insgesamt stärken müsse. Da die Jugendarbeit komplett in Vereinen ausgelagert sei, bittet er zu überlegen, an einem Tag einmal die gesamten Jugendthemen zu bearbeiten. Dann bittet er noch den Mitgliederstand mitzuteilen.

Frau Baumgärtner gibt zu verstehen, man sei nicht an einem großen Mitgliederzuwachs interessiert. Die Mitgliedschaft erwerbe man durch die Mithilfe und Teilnahme an den Sitzungen. So sei es einfacher, alles organisiert zu bekommen.

Damit hat der Gemeinderat vom Jahresbericht Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 140/2007 zur Information vor.

OB Fettback lässt wissen, die Neugliederung habe viele Gründe, unter anderem den, dass es nicht immer leicht sei, Ehrenamtliche für diesen Zweck zu finden.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 18.1 Verschiedenes: Termine für Trauungen in Biberach

StR Etzinger bringt vor, ein Bekannter von ihm habe an einem Mittwoch in Biberach heiraten wollen, was abgelehnt worden sei mit dem Hinweis, dass nur freitags und alle vier Wochen samstags Trauungen möglich seien. Er fragt, warum man in Biberach nicht ähnlich flexibel sein könne, wie dies in vielen Städten üblich sei. Er habe die Auskunft erhalten, dass das Trauzimmer teilweise für Sitzungen benötigt werde.

TOP 18.2 Verschiedenes: Runder Tisch Schulen

StR Keil erinnert an den Antrag der SPD-Fraktion, einen Runden Tisch Schulen einzurichten, der den Informationsaustausch zwischen Schulen und Anbietern für Betreuungsangebote sicherstellen solle. Er sei von Anbietern angesprochen worden, die zum Teil mit den Schulen Kontakt aufgenommen hätten.

StR Wersch berichtet von Bemühungen seines Dezernats und des Kulturdezernats. Man habe Verschiedenes im Fokus gehabt, es sei dann jedoch im Sande verlaufen. Aktuell sei das Amt für Bildung, Betreuung & Sport gebeten, eine Bestandaufnahme als Basis für neue Gespräche zu erstellen.

TOP 18.3 Verschiedenes: Ampelsteuerung

StR Herzhauser bringt vor, in der Bevölkerung herrsche massive Unzufriedenheit mit den Ampelschaltungen. Weder die Presse noch die Verwaltung hätten die Bürger über die geplanten Maßnahmen informiert. Dies müsse nachgeholt werden, damit nicht der Eindruck entstehe, das Problem werde ignoriert.

TOP 18.4 Verschiedenes: Schließfächer während des Umbaus der Tiefgarage Stadthalle

StRin Drews erinnert an den Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.07, während des Umbaus der Tiefgarage Stadthalle Schließfächer in stadtkernnaher Lage anzubieten. Derartige Gitterboxen existierten in Einkaufszentren in Biberach und Frau Voss habe eine schnelle Erledigung zugesagt, bislang sei aber nichts geschehen.

TOP 18.5 Verschiedenes: Sportstättenbericht

StRin Drews fragt, wann der Sportstättenbericht vorgelegt werde.

EBM Wersch nennt als voraussichtlichen Termin Oktober 2007.

TOP 18.6 Verschiedenes: Pflaster in der Innenstadt

StRin Drews bringt vor, im Rahmen des Stadtlaufs sei bemängelt worden, dass auf dem Kirchplatz und rund um die Kirche das Pflaster teilweise stark zersplittert sei und teilweise Steine fehlten, unter anderem einer in der Bürgertumstraße.

BM Ogertschnig erwidert, dies hänge mit der Frostsicherheit des Profils zusammen. Viele Steine brächen horizontal. Das Baubetriebsamt versuche sukzessive, dies mit Asphalt auszubessern, bis für eine größere Fläche ein Gesamtaustausch erfolge.

TOP 18.7 Verschiedenes: Entwicklung Hochschule und Dollinger-Realschule

StR Späh spricht einen Zeitungsbericht zur Entwicklung der Hochschule und der Dollinger-Realschule an und bittet um Informationen.

OB Fettback begründet den Bericht in der Schwäbischen Zeitung mit der guten Information von Redakteur Gold, der über alle Einzelheiten informiert gewesen sei. Daher sei er als Oberbürgermeister gefordert gewesen, Stellung zu nehmen. Auf Ministeriebene hätten Gespräche im Landtag stattgefunden. Es bestehe eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Land Baden-Württemberg, der Hochschule und der Stadt Biberach, für die Ende Dezember 2007 eine Sitzung anberaumt sei, in der ihn EBM Wersch vertrete. Er bezeichnet es als positiv, dass das Land sich eine Erweiterung des Hochschulprojekts 2012 vorstellen könne. Die städtische Idee sei also auf fruchtbaren Boden gefallen. Er hoffe, zum Jahreswechsel genauere Informationen geben zu können.

EBM Wersch fügt an, das Vermögens- und Bauamt Ulm habe die Liegenschaften besichtigt und von der Realschule einen positiven Eindruck. Es sei ein zeitnaher Abschluss der Gespräche erforderlich, da das Ergebnis Auswirkungen auf die Dollinger-Realschule als Ganztagschule habe.

TOP 18.8 Verschiedenes: Wieland-Jubiläum

StRin Vollmer lobt Herrn Dr. Biege für die sehr gelungenen Veranstaltungen im Rahmen des Wieland-Jubiläums.

TOP 18.9 Verschiedenes: Umfrage im Hallenbad

StRin Brunner spricht eine Umfrage an, die nach Auskunft von Saunabesuchern im Hallenbad durchgeführt werde. Dabei werde unter anderem die Nutzung von Solarium, Sauna und Kraft- raum nachgefragt. Die Saunabesucher seien erzürnt, da im Hallenbadneubau keine Sauna vorge- sehen sei. Gleiches gelte für das Solarium. Sie fragt, wozu die Umfrage diene.

TOP 18.10 Verschiedenes: Neueinteilung der Wahlbezirke

StR Funk bringt vor, die Neueinteilung der Wahlbezirke bringe für manche Nachteile. So müssten die Bewohner der Riedlinger Straße zunächst den Berg hinunter und dann wieder hinauf, was eine Verschlechterung sei.

TOP 18.11 Verschiedenes: Sponsoringanfragen der Stadt

StR Funk kritisiert, dass die Stadt sich telefonisch um den Verkauf mancher Dinge bemühe. Offensichtlich stecke Herr Maucher dahinter. Dies sei negativ, da man dann bei der Arbeit gestört würde. Er lässt wissen, dass Malbücher und Kinderbücher für Grundschulen angeboten würden.

TOP 18.12 Verschiedenes: Otto-Schlecht-Straße

StR Funk bringt vor, er habe vor einem halben Jahr beantragt, eine Straße nach Otto Schlecht zu benennen. Der Ortsverband habe vor sechs Wochen Druck in diese Richtung gemacht, es sei jedoch nichts passiert. Er fragt, was unternommen werden müsse, dass man eine Antwort erhalte und eine entsprechende Straßenbenennung erfolge.

BM Ogertschnig lässt wissen, das Stadtplanungsamt habe eine Liste, auf der auch die Anträge der FDP berücksichtigt seien. Es bestehe Konsens, keine Straßenumbenennungen vorzunehmen, sondern diese Namen in Neubaugebieten zu berücksichtigen. Er **sagt** eine Antwort des Stadtplanungsamts **zu**, wo die Otto-Schlecht-Straße vorgesehen sei und an welcher Stelle der Liste sie stehe.

Gemeinderat, 24.09.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig